Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 507. **Sonntag** den 5. Oktober 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Die Franzosen führen einen heftigen politischen Streit an der Bahre eines Landsmannes, dessen Bedeutung doch ganz überwiegend auf literarischem Gebiete ruhte und ruht: Emile Zolas. Uns in Deutschland geht der bürgerliche Zwist nichts an, wir hätten vielleicht gut getan, uns um dessen Grundursache weniger zu kümmern, als seinerzeit geschehen. Das Pariser Ereignis ist aber auch diesseits der Vogesen von Interesse, denn der so plötzlich aus dem Leben geschiedene Schriftsteller hat auf das deutsche Geistesleben einen starken, bei seinem Hintritt noch nicht verwischten Einfluß ausgeübt. Ob einen wohltätigen, diese Frage ist Gegenstand tiefgehender Meinungsverschiedenheit. Die von ihm mit Vorliebe geschilderten Personen und Verhältnisse und seine Darstellungsweise haben in unserem Vaterlande und nicht bei dessen schlechtesten Söhnen mächtigen, oft bis zum Abscheu gesteigerten Widerwillen hervorgerufen, und es ist verständlich, daß sein „Verismus" vielfach als das Zerrbild der Wahrheit aufgefaßt wurde. Die moralische Verurteilung, der Emile Zola oft anheimfiel, wird aber von dem Berufungsgericht einer unbefangenen Literatur- und Sittengeschichte nicht bestätigt werden. Denn dieser Franzose war ein Moralist und wollte es sein, ein Tendenzschriftsteller, und stets vor allem ein patriotischer. Er beleuchtete Krankheiten der französischen Volksseele in der — vielfach in der Tat nicht unwirksam verfolgten — Absicht, zur Heilung beizutragen, und da so manche der von ihm aufgedeckten Gebresten nicht Frankreich allein eigentümliche Nationalübel sind, so können auch andere Völker und kann insbesondere das vielfach in der Abwendung von guten, soliden Überlieferungen begriffene zeitgenössische Deutschland von dem sozialpathologischen Anatomen, dessen Leiche heute zur Erde bestattet wird, noch vieles lernen.

Zu den französischen Volkskrankheiten gehört trotz der ewigen Zänkereien unter dieser Nation die Uneinigkeit bei der Beurteilung und Lösung nationaler Daseinsfragen nicht. Und auch sonst in der Welt hat kaum ein Volk so viel von diesem Übel abbekommen wie das deutsche. Eben jetzt, wo die Zollkommission des Reichstages ihre Arbeiten beendet hat, muß es uns mit Trauer und Beschämung erfüllen, daß in der Schweiz, einem Lande, das eine sehr zahlreiche Bauernschaft und gleichfalls eine starke Sozialdemokratie aufweist, fast spielend von den gesetzgebenden Körperschaften ein Zolltarif erledigt worden ist, der nicht minder einschneidet, als der in Deutschland zur Beratung stehende, und, beiläufig bemerkt, hinter diesem an Zahl der Positionen nur wenig zurückbleibt. Wir aber, die wir früher, wenigstens mit der Diskussion im Lande und in der Presse, begonnen haben, stehen heute im Grunde genommen noch vor dem Anfang. Die Beendigung der zweiten Lesung in der Tarifkommission bedeutet kaum mehr als das Niedergehen des Vorhanges nach einem Akte, der in der Oekonomie des Schauspiels sehr gut hätte entbehrt werden können. Die zweite Lesung ist zwar da und dort entgegen den früheren Beschlüssen auf die Regierungsvorlage zurückgegangen, sie hat sich ihr in anderen Fällen mehr genähert, als die erste Beratung, aber das Ganze stellt praktisch keinen Fortschritt gegen den Zeitpunkt vor, in dem der Zolltarif der Oeffentlichkeit übergeben wurde, also gegen einen Zeitpunkt, der ein und ein viertel Jahr hinter uns liegt.

Ist auch der Pessimismus, der in der konservativen und der klerikalen Presse augenblicklich in verstärktem Maße zur Schau getragen wird, auf Einschüchterung der Gegner berechnet: zu einer rosigen Anschauung der nächsten Zukunft hat auch der Unbefangene keinen Anlaß. Die Situation ist, in Preußen wenigstens, außerordentlich kompliziert und die Meldung von dem Rücktritte des Oberpräsidenten der Provinz Hannover lenkt den Blick auf eine der tiefsten Ursachen der Wirrnis. Wenn Graf Stolberg bis zu den nächsten Reichstagswahlen noch Chef der Provinz geblieben wäre und diese Wahlen, was nun sehr möglich ist, sich um die Tarifgesetze drehen würden, so hätten wir die Erscheinung erlebt, daß von der obersten Behörde dieser wichtigen Gebietsteile die Wahl von Bewerbern begünstigt worden wäre, die die Zollvorlagen des Bundesrates, die zugleich von der preußischen Regierung vertreten werden, zu bekämpfen entschlossen sind. Und bei den Landtagswahlen, die bekanntlich auch im nächsten Jahre stattfinden müssen, hätten auf Förderung von derselben Seite Kandidaten rechnen dürfen, die der Kanalvorlage, für die sich neben der preußischen Regierung der König von Preußen eingesetzt hat, entgegentreten wollen. Und drittens wäre bei der einen wie bei der anderen Wahl vorauszusehen gewesen, daß sie sich unter dem Zeichen obrigkeitlich bekundeter Gleichgültigkeit gegen die welfische Gefahr vollzogen hätte. Nun geht Graf Stolberg. Aber die Erwartung bezw. Befürchtung, daß trotzdem in Hannover so verfahren werde, wie unter dem bisherigen Provinzialchef anzunehmen war, ist in der Provinz und sonst in Preußen so weit verbreitet und tief gewurzelt, daß man sie für begründet halten muß. Es steht in der Tat zu besorgen, daß die Regierung ihre Gegner in der z. Z. wichtigsten Reichsfrage und in einer von ihr für hochwichtig gehaltenen Landesfrage zu verstärken suchen wird und zwar zu Ungunsten von Bewerbern, die hier wie dort für die Regierungspläne eintreten.

„Sinnig" ist ein Zustand, der solches befürchten läßt, gewiß nicht. Die Regierung sollte ihre Politik der Konnivenz gegen die Verbinderer ihrer Absichten ernstlich revidieren und die konservativen Agrarier haben gleichfalls Ursache, sich das Verhalten, das einzuschlagen sie wenigstens versuchen wollen, reiflich zu überlegen. Regierung und konservative Agrarier, beide im Hinblick auf die Sozialdemokratie und den bürgerlichen Radikalismus, also eine gleichfalls reichspolitisch unbrauchbare Richtung. Die Dinge liegen fast im ganzen Reiche anders und ungünstiger als im Königreich Sachsen. Wir im Lande haben zwar Ansätze einer bösartigen ultramontanen Agitation, aber doch kein Zentrum. Vom Partikularismus, der gerade bei uns einmal so lebendig gewesen, ist nur selten noch ein kleines Ueberbleibsel zu spüren, so daß von einem bürgerlichen Welfentum im weiteren Sinne nicht die Rede sein kann. In Sachsen ist die Sozialdemokratie l'ennemie, der Feind, und hier ist dies auch klar erkennbar. Anderwärts aber verhindern andere Konstellationen und bewirkt das herausfordernde Überspannen der agrarischen Fragen, daß die richtige Schätzung der sozialdemokratischen Gefahr schwindet und die Möglichkeit einer Gruppierung, deren Rückgrat die Sozialdemokratie bilden würde, näher rückt. Ganz unverkennbar ist schon jetzt, daß unter dem Eindruck extremer agrarischer Unterjochungsabsichten in den gemäßigt gerichteten Volkskreisen der Gegensatz zu der bürgerlichen Demokratie sich abschwächt, ein Prozeß, der, wenn weiter gefördert, die deutsche Wehrhaftigkeit einmal schwer benachteiligen kann. Wie sehr anders als früher vielfach auf den linken Freisinn geblickt wird, hat sich gerade dieser Tage gezeigt. Die freisinnige Volkspartei hat in Hamburg einen Parteitag veranstaltet. Es ging da zu, wie immer. Die Partei bewies wiederum, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen; die „Verhandlung" wenn dieser Ausdruck erlaubt ist, hat das Bild einer politischen Wüstenei, nur belebt von einem Haufen Staare, die einiges sprechen gelernt, und jeder dasselbe. Die Veranstaltung fordert die Kritik und den Spott ebensosehr heraus, wie nur irgend eine ihrer Vorgängerinnen, denen mit beidem reichlich gedient worden war. Aber die Presse, die sonst so scharf geurteilt hatte, legt sich diesmal die größte Zurückhaltung auf, offenbar aus keinem anderen Grunde, als weil das Gefühl aufgeleb t ist, daß es sich bei dem linken Freisinn um eine Richtung zu handeln beginnt, mit der sich zu verbinden früher oder später ein Gebot der Selbsterhaltung werden kann.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 4. Oktober. Der „Kladderadatsch" hatte bekanntlich unlängst behauptet, Rudolf v. Bennigsen habe im Jahre 1892 zum Scheitern des Zedlitzschen Schulgesetzentwurfes auch dadurch beigetragen, daß er eine Audienz beim Kaiser nachgesucht habe. In seiner letzten Nummer hält das Witzblatt diese Behauptung mehrfachen Anzweiflungen gegenüber aufrecht und fügt hinzu, sein Gewährsmann sei „eines der ältesten und angesehensten Mitglieder der nationalliberalen Partei in Hannover", dem Bennigsen selbst die Sache erzählt habe. Wir trauen dem „Kladderadatsch" nicht zu, daß er eine so bestimmte Versicherung abgeben würde, wenn er dazu nicht im Rechte wäre, und nehmen nunmehr an, daß Herr v. Bennigsen sein Auftreten im Reichstage gegen die Zedlitzsche Vorlage und seine während eines parlamentarischen Abends beim damaligen Reichskanzler mit dem Kaiser über dieses Thema gepflogene Unterhaltung noch nicht für genügend erachtet habe, um die Zurückziehung der Vorlage zu erreichen. Daß er über die beim Kaiser nachgesuchte Audienz nur zu einem einzigen seiner alten Parteifreunde gesprochen, wird keinen befremden, der das Glück hatte, dem seltenen Manne näher zu treten. Es war nicht seine Art, seine Taten selbst auszuposaunen und seiner Erfolge sich zu rühmen; es kam ihm lediglich auf diese selbst an. Das wußten namentlich seine alten Freunde in Hannover, die oft genug erfuhren, daß er die Verwertung vertraulicher Mitteilungen zu Verherrlichungen nicht liebte. Übrigens wußten gerade sie gut genug, daß das ganze liberale Bürgertum seinem parlamentarischen Auftreten und seiner persönlichen Einwirkung das Fallenlassen des Entwurfes zuschrieb und dankte. So ist es denn auch leicht zu erklären, daß die Behauptung des „Kladderadatsch" nicht die Wirkung hatte, die er erwartet haben mochte; daß die erste, auf keinen auch nur angedeuteten Gewährsmann sich stützende Behauptung unbeachtet blieb und die zweite, mit Vorwürfen gegen die nationalliberale Partei verbrämte da und dort die Vermutung erweckte, der „Kladderadatsch" habe eine Audienz mit einem gelegentlichen Gespräche in den Räumen des Reichskanzlerpalais verwechselt. Um so ungehöriger ist es, daß der „Kladderadatsch" den geringen Erfolg seiner Meldung auf eine Weise sich zu erklären sucht, die eine grobe Verdächtigung der alten Parteifreunde des großen Staatsmannes und der nationalliberalen Presse in sich schließt. Das Blatt schreibt nämlich:

„Der Kaiser hat sich während der letzten Jahre Bennigsen gegenüber auffallend kühl verhalten. Als der Landrat v. Bennigsen in so ergreifender Weise plötzlich aus dem Leben geschieden war, kam kein Kaisertelegramm an den so schwer getroffenen Vater, obgleich doch diese Telegramme jährlich zu vielen Dutzenden in die Welt gehen. Dem Sarge des grimmigsten Reichsfeindes, des unversöhnlichen Welfen Windthorst, war ein Kranz vorausgetragen worden, dessen Schleife die kaiserlichen Initialen zeigte; bei der Bestattung Rudolf v. Bennigsens wurde kein solcher Kranz gesehen. Daraus haben nun unseres Erachtens die jetzigen Parteiführer geschlossen, dem Kaiser sei sein rasches Eingehen auf die eindringlichen Vorstellungen Bennigsens nachher leid geworden, er möge nicht gern daran erinnert werden und deshalb sei es diplomatischer gehandelt, die Sache nicht noch nachträglich zur Sprache zu bringen. Wir brauchten das ja gar nicht so offen zu sagen und könnten in der beliebten Weise das Stillschweigen als vielbedeutlich bezeichnen, aber wir sehen nicht ein, weshalb wir nicht unsere aufrichtige Ueberzeugung frei aussprechen sollen. Haben die Herren andere Gründe für ihr Schweigen gehabt, so können sie jetzt ja damit herausrücken."

Wir, die wir Herrn v. Bennigsen lange Jahre bis zu seinem Tode jedenfalls weit näher gestanden haben, als der „Kladderadatsch", geben diesem aus voller Ueberzeugung die Versicherung, daß der große Mann, wenn er diese Verdächtigung seiner Parteigenossen lesen könnte, dem Urheber eine Antwort erteilen würde, die Hörner und Zähne hätte. Wir für unseren Teil weisen mit Entrüstung die Unterstellung ab, wir hätten jemals aus diplomatischen Rücksichten eines der hohen Verdienste Bennigsens verkleinert, verschwiegen oder auch nur in den Schatten gestellt. Und mit derselben Entrüstung nehmen wir die alten hannoverschen Freunde gegen diese Verdächtigung in Schutz. Wir kennen sie samt und sonders aus langjährigem Verkehr als Männer, die gleich uns jede beglaubigte Mitteilung über eine noch unbekannte Tat des verewigten Freundes und Führers zum Wohle des liberalen deutschen Bürgertums mit Freude begrüßen und weiter verbreiten, unbekümmert darum, daß diese Begrüßung und Verbreitung ihnen verübelt werden könnte. Sie stehen wahrlich an Wahrheitsliebe, Rückgrat und Verehrung Bennigsens dem „Kladderadatsch" nicht nach und haben diese Verehrung durch treues Fortwirken im Sinne des Verewigten jedenfalls schlagender bewiesen, als ein Blatt, das die Politik des lebenden Bennigsen oft genug bespöttelt hat und ihre Fortführung durch seine alten Parteifreunde mit Vorliebe zum Gegenstande billiger Witzeleien macht.

C. H. **Berlin**, 4. Oktober. Ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Schiffsbaukunst bildet der große Panzer „Wettin", über dessen Überführung und Abnahme folgender offizielle Bericht erstattet wird: Am 9. und 10. August d. J. fand die Überführung des neuen Linienschiffes „Wettin" von Neufahrwasser nach Kiel statt, während welcher die offizielle Abnahme-Probefahrt vorgenommen wurde. Das Schiff war von seiner Bauwerft — F. Schichau in Danzig — auf die Reede von Neufahrwasser geschleppt worden, wo es ankerte, als am 9. August Mittags die Abnahmekommission der Marine an Bord kam. Nachdem der Anker gelichtet war, dampfte das Schiff aus der Danziger Bucht mit langsamer Fahrt, die nach und nach gesteigert wurde. Nach der Umschiffung der Halbinsel Hela begann die Forcierung der Maschinen, und als die der Firma kontraktlich vorgeschriebene Leistung von 15 000 Pferdestärken erreicht war, wurde in die Abnahme-Probefahrt eingetreten. Während derselben konnten die 15 000 Pferdestärken mit der geringen Luftpressung von 11 Millimeter Wassersäule in den Cylinderkesseln und 25 Millimeter Wassersäule in den Wasserrohrkesseln leicht gehalten werden. Jede einzelne der drei Maschinen erreichte zeitweise bis 6000 Pferdestärken, so daß man später, wenn es nötig sein sollte, 17—18 000 Pferdestärken erzielen könnte. Von einer solchen Steigerung während der Abnahmefahrt nahm man aber schon aus dem Grunde Abstand, weil die mittlere Höchstleistung der Maschinen für einzelne Schiffe dieser Klasse auf 14 000 Pferdestärken festgesetzt ist. Während der forcierten Abnahmefahrt arbeiteten sowohl die Wasserrohr- wie die Cylinderkessel als auch die drei Hauptmaschinen nebst allen Hilfsmaschinen durchaus zufriedenstellend, der Dampf wurde mit Leichtigkeit gehalten. Die Verbrennung war gut und nahezu rauchfrei, wobei der Kohlenverbrauch unter dem kontraktlichen verblieb. Trotz der großen Maschinenkraft wurden im Schiffe keine merklichen Erschütterungen verspürt, ein Zeichen für die gute Ausbalancierung der einzelnen Maschinen. „Wettin" lief darauf mit verminderter Fahrt nach Swinemünde, um dort den Kaiser auf seiner Heimreise von Reval zu erwarten. Nachdem das Schiff am 10. August um 7 Uhr Morgens auf der Reede von Swinemünde geankert hatte, traf gegen 8 Uhr „Hohenzollern", gefolgt von den Begleitschiffen „Prinz Heinrich", „Nymphe" und „Sleipner" ein. Der Kaiser stand auf der Kommandobrücke und ließ „Hohenzollern" um die verankerte „Wettin" herumfahren, augenscheinlich befriedigt von dem Anblick, den das neue Linienschiff gewährte. Der Vorsitzende der Abnahmekommission mußte hierauf noch das höchst befriedigende Ergebnis der Abnahmefahrt melden, worauf „Wettin" die Weiterreise nach Kiel antrat. In Kiel übernahm die Abnahmekommission das Schiff von der Firma F. Schichau in den Besitzstand der kaiserlichen Marine. Die Schlachtschiffe der Kaiserklasse sind in folgenden Zeiträumen erbaut: „Kaiser Wilhelm II." von der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven in 41 Monaten, „Kaiser Wilhelm der Große" von der Germaniawerft in Kiel in 39 Monaten, „Kaiser Karl der Große" von Blohm & Voß in Hamburg in 39 Monaten, „Kaiser Barbarossa" von F. Schichau in 33 Monaten. Hatte die Firma F. Schichau schon bei dem letzteren Schiffe die größte Schnelligkeit der Bauausführung erreicht, so hat sie diesen Ruhm bei „Wettin" gewahrt, indem sie dies um etwa 700 Tonnen größere Schiff mit einer um 2000 Pferdestärken höheren Maschinenleistung in nur 31 Monaten herstellte. Das Schiff war am 10. Oktober 1899 auf Stapel gesetzt und machte am 9. August 1902 seine Abnahmefahrt.

-+- **Berlin**, 4. Oktober. (Die französischen und die englischen Flottenübungen in deutscher fachmännischer Beurteilung.) Die französischen und die englischen Flottenübungen dieses Jahres werden, soweit es auf Grund des zugänglichen Materials möglich ist, im neuesten Hefte der vom Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes herausgegebenen „Marine-Rundschau" einer eingehenden Erörterung unterzogen. Das Urteil unserer berufensten Fachmänner über das Ergebnis jener Flottenmanöver ist von so allgemeinem Interesse, daß das Wesentlichste daraus im Nachstehenden wiedergegeben wird. Die beiden heimischen Geschwader der französischen Flotte, das Nordgeschwader und das Mittelmeergeschwader, waren auch in diesem Jahre zu gemeinsamen Übungen im westlichen Becken des Mittelmeeres vereinigt. Die Manöver sind, so schreibt die „Marine-Rundschau", nach großen Gesichtspunkten angelegt gewesen und werden sachgemäß durchgeführt. Die teilweise sehr große Hitze stellte starke Anforderungen an das Personal, namentlich der Maschinen- und Heizräume. Besonders hervorzuheben ist, daß während der 33tägigen Übungen keinerlei nennenswerte Havarien vorgekommen sind und daß das Material vollständig den gestellten Erwartungen entsprochen hat, wozu die allerdings aus Ersparnisrücksichten gebotene Verwendung geringer Geschwindigkeiten nicht unwesentlich beigetragen hat. Auch die Ausbildung im Evolutionieren der Geschwader ist hervorzuheben. Die Leitung der ganzen Flotte beanspruchte nur sehr wenig Signale. Besondere Anerkennung verdient die Reservedivision des Mittelmeergeschwaders, deren Leistungen mit Reservisten und nach deren Abgabe mit verringerter Besatzung nicht hinter den übrigen Geschwadern zurückblieben. Die Ausbildung des Mittelmeergeschwaders im Gebrauch der Funkentelegraphie, die im vorigen Jahre viel zu wünschen übrig ließ, ist vervollkommnet, sodaß beide Geschwader auch hierin auf gleicher Höhe stehen. Ein eigenes Personal ist für die Bedienung der Apparate ausgebildet, die Apparate, System Rochefort, haben sich gut bewährt. Die Verständigung ist auf 25 bis 30 Seemeilen gesichert, darüber hinaus nicht immer zuverlässig. Die Verwendbarkeit der Funkentelegraphie im großen Maßstabe zu strategischen Zwecken hat ihre Probe bestanden. Die strategische Wichtigkeit von Mers el Kebir ist außer Zweifel gestellt; die Verteidigungsanlagen Bizertas sind genügend befunden. In der Geschwadertaktik scheinen besondere Fortschritte nicht gemacht zu sein. Die Ausbildung der Kreuzer im Flügelhalten zeigte grundsätzliche Mängel, die Torpedoboote waren ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die Küstenwachtstationen scheinen bei der Blockade der Hyeres ihre Aufgabe nicht ganz erfüllt zu haben. — Die englische Flotte hat dieses Jahr von dem üblichen, mit einer Mobilmachungsübung verbundenen strategischen Manöver Abstand genommen und an ihre Stelle gemeinsame taktische Übungen der im Dienste befindlichen heimischen Geschwader- und Flottillenverbände im Kanal, sowie des Mittelmeer-, Kanal- und heimischen Kreuzergeschwaders im östlichen Becken des Mittelmeeres treten lassen. Die ersteren fanden im Juli dieses Jahres im westlichen Eingang zum Kanal statt, die letzteren, seit dem 11. September zwischen Sicilien und Kreta begonnen, waren beim Abschluß der vorliegenden Berichterstattung noch nicht beendet. Die Teilnahme an den Juliübungen wurde den Vertretern der Presse ebenso versagt, wie im vorigen Jahre bei den Septembermanövern. Da die spärlichen Berichte der Flottenleitung über die Durchführung der Gefechtsbilder nur ungefähr die Anfangsstellung der Gegner erwähnen, von den Endresultaten aber schweigen, so zieht die „Marine-Rundschau" keine praktischen Lehren für die anzuwendende Taktik aus den Manövern, sondern begnügt sich „mit der an sich auch schon sehr wichtigen Erkenntnis", daß die englische Flotte „in formal-taktischer Hinsicht gut geschult ist".

Berlin, 4. Oktober. (Dienstregelung für die weiblichen Schalterbeamten.) Die jüngst von dem Minister der öffentlichen Arbeiten erlassene Verfügung betreffs der weiblichen Angestellten im Schalterdienst ordnet Erhebungen über die Arbeitszeit und die Länge des Dienstes dieser Personen an. Der Grund der Anordnung aber ist folgender: Das weibliche Personal im Schalterdienst ist in seinem eigenen Interesse und in durchaus wohlwollender und wohlbegründeter Absicht vom Nachtdienst frei. Dagegen werden diese weiblichen Angestellten zum Früh- und Spätdienst voll herangezogen. Nun aber beginnt der Frühdienst zeitweise um 2 oder 3 Uhr Morgens und der Spätdienst erstreckt sich an manchen Orten nicht selten über Mitternacht hinaus. Es ist daher die Befürchtung nicht abzuweisen, daß durch die bisherige Art der Beschäftigung weiblicher Personen im Schalterdienste die Absicht, ihnen die volle Nachtruhe zu lassen, tatsächlich vereitelt wird. Die statistischen Erhebungen bezwecken nun, genau festzustellen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange diese Befürchtung sich bestätigt. Insoweit dies nach den Ergebnissen der Erhebung der Fall sein sollte, soll das zu erhebende Material zugleich eine sichere Unterlage für diejenigen Anordnungen bieten, welche zu erlassen sein werden, um die Befreiung der weiblichen Angestellten vom Nachtdienste zur vollen Wahrheit zu machen.

— Die Unfehlbarkeit des Papstes soll nach der stets versicherten Versicherung des Klerikalismus nur für Aeußerungen ex cathedra, die mit der vollen amtlichen pontifikalen Autorität statuiert werden, vorhanden sein und protestantische oder liberale Blätter, die von dem unfehlbaren Papste auch einmal in anderen Beziehungen sprechen, werden von ultramontaner Seite stets hart angefahren. Nun teilt aber die „Köln. Volksztg." selbst eine Ansprache mit, in der Kardinal Vives, der in beständigem Verkehr mit Rampolla steht, an eine Gruppe französischer Pilger folgende Worte gerichtet hat:

„Nichts ist verkehrter, als die vom Papst erteilte Weisung (der Republik beizutreten) als erste Ursache der von den französischen Katholiken erlittenen Niederlagen auszugeben. Es wäre den Katholiken sicher gelungen, den ihrem Lande so nötigen Frieden und die Freiheiten zu erringen, wenn nicht viele von ihnen sich vermessen hätten, den ebenso klugen als notwendigen Weisungen des Papstes zu widerstehen. Es ist eine Gotteslästerung, zu sagen, der Papst habe sich in seinen Weisungen geirrt. Seien Sie ruhig, Sie werden bald gewahren, daß die kluge Haltung des Papstes für Ihr Land gute Früchte tragen wird."

Hier wird also, bemerkt hierzu mit Recht der „Reichsb.", von einem mit dem Staatssekretär in Verbindung stehenden Kardinal die Unfehlbarkeit des Papstes auch für politische Fragen in der stärksten Weise in Anspruch genommen, und ihre Bezweiflung geradezu als Gotteslästerung bezeichnet, woraus sich ergibt, daß man von den Katholiken verlangt, auch die politischen Kundgebungen des Papstes als Kundgebungen Gottes anzusehen.

— Gestern fand eine große Versammlung der Berliner Rollkutscher, Mitfahrer und Bodenarbeiter statt, in der folgende Resolution angenommen wurde: Die Versammlung spricht ihr Bedauern über das geringe Entgegenkommen der Betriebsleitung des Transport-Comptoirs Anhalter Bahnhof aus. Die Versammelten erklären, nunmehr die Sache der Kollegen vom Anhalter Bahnhof vollständig zu der ihrigen zu machen und beschließen, um den Kollegen in ihrem gerechten Kampfe zum Siege zu verhelfen, vor dem äußersten Mittel der allgemeinen Arbeitseinstellung nicht zurückzuschrecken. Um jedoch nichts unversucht zu lassen, beauftragen die Versammelten die Kommission resp. die Verbandsleitung, noch einmal Verhandlungen zwecks friedlicher Beilegung der Differenz herbeizuführen.

* **Posen**, 3. Oktober. Der Posener Provinzial-Lehrerverein hatte eine außerordentliche Vertreterversammlung nach Posen einberufen, die sich unter anderem mit der in Aussicht gestellten Ostmarken-Zulage beschäftigte. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, welche sich der Schularbeit im Osten entgegenstellen, erachtet die Provinziallehrerversammlung die Gewährung einer beson-